

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat befragte anlässlich der in diesem Jahr anstehenden Bundestagswahl die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg sowie die AfD¹⁾, zu ihren forstpolitischen Positionen. Die sechs Fragen umreißen die Themen: Ökologischer Wandel, Bewirtschaftungseinschränkungen und die Gefährdung der Wirtschaftlichkeit, Öffentliche Mittel und Förderungen. Lesen Sie auf den Folgeseiten die zusammengefassten Stellungnahmen der Parteien, die z. T. auch im Rahmen der Podiumsdiskussion auf der DFWR-Jahrestagung am 24. April 2017 in Dessau-Roßlau diskutiert wurden.

Dem Ökologischen Wandel begegnen

Der bereits deutlich spürbare Klimawandel, aber auch weitere anthropogene Negativeinflüsse wie Fremdstoffeinträge oder lokale Grundwasserabsenkungen, gefährden das Ökosystem Wald als Lebensgrundlage der Menschen. Zunehmende Wetterextreme in Form von Hitzeperioden, Stürmen und Starkregenereignissen schwächen bzw. schädigen die Wälder und erhöhen die Gefahr von existenzbedrohenden Kalamitäten, wie großflächigen Schädlingsbefall.

Frage 1: Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang akuten Handlungsbedarf und mit welchen Mitteln werden Sie die essenzielle Adaption der Wälder an den ökologischen Wandel unterstützen und befördern?

Der Klimaschutzplan 2050 beschreibt die hochambitionierten und zugleich essenziellen Klimaschutzziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 und hebt die herausragende Bedeutung des Waldes und seiner nachhaltigen Bewirtschaftung für einen wirksamen Klimaschutz hervor. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele fehlen noch weitgehend. Das Klimaschutzgutachten der Wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik des BMEL zeigt die Klimaschutzpotenziale von Forst und Holz sowie mögliche Strategien zum Erhalt und zur Steigerung der Klimaschutzleistungen der Wälder und der hierfür gebotenen Bewirtschaftung auf.

Frage 2: In welcher Rolle sehen Sie den Wald und die Forstwirtschaft mit Blick auf den Klimawandel und mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie die Klimaschutzleistungen des Waldes und seiner nachhaltigen Bewirtschaftung zu erhalten oder zu fördern?

Frage 3: Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Sicherung von Nadelholzanteilen oder die Integration von bewährten nichtinvasiven, fremdländischen Baumarten?

Bewirtschaftungseinschränkungen und Flächenstilllegungen gefährden Wirtschaftlichkeit

Zunehmende Bewirtschaftungseinschränkungen und Bestrebungen zur Ausweisung großflächiger Stilllegungsflächen gefährden über alle Waldbesitzarten hinweg die Wirtschaftlichkeit der Forstbetriebe. 2 Mio. Waldbesitzer und ihre Familien, Kommunen, Länder und der Bund liefert die nachhaltige Waldbewirtschaftung eine wichtige Einkommensquelle. In der nachgelagerten holzbasierten Wertschöpfungskette sind weitere rund 1,1 Mio. Menschen beschäftigt. Indikatoren der Bundeswaldinventur und der Erhebungen zur Entwicklung der Biologischen Vielfalt weisen auf eine stetige Verbesserung der ökologischen Eigenschaften des heimischen Waldes hin.

Frage 4: Welche Strategie verfolgen Sie zur Auflösung dieses Zielkonflikts auch vor dem Hintergrund der notwendigen Ressourceneffizienz und der Gefahr der Produktionsverlagerung in Länder mit geringeren sozialen und ökologischen Standards?

Öffentliche Mittel für gesellschaftliche Leistungen

Forstbetriebe sind bis heute maßgeblich auf den Holzverkauf angewiesen. Bislang existieren keine geeigneten Mechanismen zur Honorierung der umfassenden Waldökosystemleistungen in den Bereichen Arten-, Wasser-, Luft- und Bodenschutz sowie Erholung.

Frage 5: Welche Position vertreten Sie zur Forderung einer zukünftig angemessenen Honorierung von Waldökosystemleistungen und welche Instrumente halten Sie dazu für geeignet?

Weiterentwicklung der Förderung und Betreuung des Nichtstaatswaldes

Die Besitzverhältnisse im Privat- und Körperschaftswald führen in vielen Regionen zu strukturellen Nachteilen. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Förderung und Betreuung ist auch vor dem Hintergrund kartell- und beihilferechtlicher Entwicklungen und den Herausforderungen des ökologischen Wandels eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren.

Frage 6: Wie werden Sie flächendeckend verlässliche Betreuungsangebote und eine nachhaltige Förderung der Forstwirtschaft sicherstellen und welche Impulse im Bereich der Förderung streben Sie an?

1) Genau wie die anderen Parteien erhielt auch die AfD die Chance, sich zu den Wahlprüfsteinen zu positionieren. Eine Rückmeldung blieb jedoch aus.

Position der Bundestagsfraktion CDU/CSU

Zu Frage 1: Nur gesunde Wälder können die vielfältigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben erfüllen. Mit dem Klimawandel steigt das Risiko von Kalamitäten. Wir setzen daher auf eine gute Prävention.

Zu Frage 2: Die Klimawirkung des Waldes ist möglichst effizient zu nutzen. Dabei müssen wir das gesamte Cluster „Forst und Holz“ im Auge haben, wissend, dass der Wald zwar einen Beitrag zum Klimaschutz liefern kann, dass er aber nicht die Energieprobleme unserer Gesellschaft lösen kann.

Der Beitrag der Forst- und Holzwirtschaft zum Klimaschutz soll gesichert und gesteigert werden. Wir brauchen Wälder, die auch unter den Bedingungen des Klimawandels stabil und anpassungsfähig sind. Der Zukunftswald ist ein robuster Mischwald bzw. ein dem Boden und Klima angepasster Wald.

Zu Frage 3: Zur Sicherung der wichtigsten Rohstoffbasis für die deutsche Holzwirtschaft und für den Erhalt der Klimaschutzleistungen des Waldes messen wir der Verjüngung der Nadelbaumarten eine hohe Bedeutung zu. Auch sind Reinertrag und Wertschöpfung beim Nadelholz deutlich höher als beim Laubholz. Ungeachtet der Bemühungen, stabile gemischte Wälder aufzubauen, sind ausreichende Nadelholzanteile unverzichtbar, da sie

- dem Waldbesitzer das Einkommen aus der Waldbewirtschaftung,
- der Holzwirtschaft die Nachlieferung des Rohstoffes und
- den ländlichen Räumen die Vitalität und die Vielfalt sichern.

Die Standorteigenschaften können sich ändern, sodass die bisherigen Baumarten an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kommen und nach Alternativen zu suchen ist. Die Integration von nichtinvasiven, fremdländischen Baumarten wie Douglasie oder Küstentanne ist sinnvoll im Sinne der Risikoverteilung.

Für den standortgerechten Waldumbau sind hohe Investitionen nötig. Dabei wollen wir insbesondere die kleinen Waldbesitzer unterstützen. Mit dem 2013 gestarteten Waldklimafonds werden



Fraktion im Deutschen Bundestag

Maßnahmen gefördert, die der Anpassung an den Klimawandel dienen und die Ökoleistung des Waldes erhalten. Die Fördertatbestände Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wollen wir besser auf forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und den Waldumbau hin zu klimaplastischen Wäldern ausrichten.

Letztlich bleibt es Entscheidung des Waldbewirtschafters, wie er seinen Wald stabilisiert, wann er ihn verjüngt und auf welche Baumarten er in der Zukunft setzt. Dabei sollte das Risiko durch verschiedene Baumarten möglichst verteilt werden.

Zu Frage 4: Der wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik des BMEL hat einstimmig festgestellt, dass der Wald in Deutschland in einem guten Zustand ist. Die Waldfläche nimmt zu und die biologische Vielfalt entwickelt sich positiv. Die Leistungen der Waldbesitzer und die politische Rahmenbedingungen der Bundesregierung haben dazu geführt, dass der deutsche Wald eine enorme wirtschaftliche, aber auch herausragende ökologische Funktion erfüllt.

Daneben finden wir auch eine ökologische Komponente, wie etwa die Nicht-Bewirtschaftung von etwa 5,6 % der Waldfläche. Die Waldbesitzer zeigen bereits außerordentliche Akzeptanz gegenüber Einschränkungen auf zwei Drittel der Waldfläche durch entsprechende Schutzgebietsausweisungen.

Wir bekennen uns zu einem integrativen Ansatz und der Verbindung von „Schützen und Nützen“. Vor dem Hintergrund des umweltfreundlich erzeugten Rohstoffes Holz mit seinen hohen Umweltkomponenten wäre es kontraproduktiv, Flächen aus der Nutzung zu nehmen. Nur ein wirtschaftlich erfolgreicher Forstbetrieb kann auch langfristig nachhaltig wirtschaften. Die Waldbesitzer sollen daher angemessene Entschädigungen für wirtschaftliche Nachteile durch erbrachte

Umweltleistungen erhalten oder Vertragsnaturschutzprogramme angeboten bekommen. Die Umsetzung soll auf Bundesebene koordiniert werden, um möglichst einheitliche Grundsätze zu gewährleisten.

Zu Frage 5: Damit das Potenzial des Waldes auch wirtschaftlich zum Tragen kommt, fördern wir die Vernetzung entlang der Wertschöpfungskette. Zudem richten wir den Blick auf innovative Verwendungsmöglichkeiten von Waldprodukten sowie den verstärkten Einsatz von Holz im Bauwesen. Dafür werden wir die Charta für Holz neu auflagen.

Längst nicht alle Leistungen des Waldes und der Waldwirtschaft werden entlohnt. Das gilt insbesondere für Leistungen im Bereich der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes. Wir werden prüfen, wie diese Ökosystemleistungen honoriert werden können.

Zu Frage 6: Beratung und Betreuung der Waldbesitzer liegen in der Zuständigkeit der Länder. Diese müssen die Vorgaben infolge des Kartellverfahrens sowie der Änderung des Bundeswaldgesetzes umsetzen. Die CDU/CSU-Fraktion und das BMEL begleiten den Prozess durch Gespräche mit den Ländern sehr intensiv. Damit schlagkräftige forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse aufgebaut werden, unterstützen wir diese im Rahmen der GAK. Diese Förderung der Selbsthilfeeinrichtungen des kleinen und mittleren Privatwaldes wollen wir weiterführen und ausbauen.

In jedem Fall ist aber eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Ländern notwendig. Außerdem ist der rechtliche Rahmen der EU zu beachten. Hier werden wir alle Möglichkeiten prüfen, die uns auch die neue Förderperiode ab 2020 bieten könnte.

Position der Bundestagsfraktion SPD

Zu Frage 1: Wir müssen das genetische Potenzial unserer natürlich vorkommenden Baumarten für die Anpassung an den Klimawandel voll ausschöpfen, damit der Wald als natürliche CO₂-Senke erhalten bleibt. Durch den zusätzlichen Anbau von klimatoleranten Baumarten und durch die Herstellung einer klimaangepassten Baumartenmischung wird die weitere Anpassung der Wälder an den Klimaschutz unterstützt.

Zur Umsetzung modellhafter Maßnahmen zum Aufbau und Erhalt des CO₂-Minderungspotenzials von Wald und Holz sowie zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel werden wir langfristig angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, z. B. über den Waldklimafonds.

Zu Frage 2 und 3: Der Wald in Deutschland muss als natürliche CO₂-Senke erhalten bleiben. Die nachhaltige, naturnahe Bewirtschaftung von Wäldern leistet hierfür einen großen Beitrag. Die Festlegung von vergleichbaren Kriterien für eine gute fachliche Praxis der Waldbewirtschaftung sollte gemeinsam mit allen relevanten Akteuren weiterhin verfolgt werden.

Gemeinsam mit den Waldbesitzern werden wir an einer verbesserten Umsetzung der europäischen Naturschutzrichtlinien arbeiten. Das schließt eine bessere Finanzierung für die Integration von Klimaschutz- und Naturschutzmaßnahmen im Wald ein. Eine Anpassung der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sollte in diesem Sinne erfolgen.

Zur Verbesserung der Klimabilanz sollte Holz noch stärker als bisher in Kaskaden genutzt werden. Die Gewinnung von Energieholz muss umweltverträglich und maßvoll erfolgen. Eine Verstromung von Holz lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass der Anbau von heimischen und klimaangepassten Baumarten gefördert wird.

Zu Frage 4: Für den Lebensraum Wald fordert die beschlossene Nationale Biodiversitätsstrategie, dass bis 2020 der Flächenanteil der Wälder „mit natürlicher Waldentwicklung“ 5 % der Wald-



fläche und – wegen der Vorbildfunktion des Staates – auf der Waldfläche der öffentlichen Hand 10 % betragen soll. Das 5%-Ziel nutzungsfreier Wälder ist gesellschaftlich erwünscht, demokratisch legitimiert und ein Gebot globaler Fairness. Die Festlegung auf 5 % war 2007 zudem ein Kompromiss zwischen allen Interessengruppen.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt Bemühungen, die nachhaltige Forstwirtschaft und intelligente Holzverwendung eng mit den Erfordernissen der Ressourcen- und Materialeffizienz zu verzahnen. Bei allen Entscheidungen steht für uns im Mittelpunkt, dass der Wald seine Senkenfunktion auch in Zukunft behält. Eine Waldpolitik, wie wir sie verstehen, denkt alle Waldfunktionen mit.

Holz als Baustoff benötigt keine Subventionen, da Holz sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Das Wachstum in diesem Bereich sollte aber qualitativ und nicht quantitativ erfolgen. Im Klimaschutzplan 2050 sind für den Einsatz langlebiger Holzprodukte zielführende Maßnahmen erwähnt, u. a. Abbau von baulichen Vorschriften, die Holzbau behindern, und Intensivierung der Laubholzforschung hinsichtlich Verwendung und Einsatzgebieten.

Wir brauchen ausreichend forstliches Personal mit umfassender fachlicher Qualifikation, um die Leitsätze der Nachhaltigkeit im Wald zu sichern. Die deutsche Forstwirtschaft leistet tolle Arbeit. Um ihre Arbeit zu stärken und grüne Berufe für junge Menschen attraktiver zu gestalten, sollte eine Bezahlung nach Tarif selbstverständlich sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien für die Einfuhr von Holz ein.

Zu Frage 5: Wir unterstützen präventive Maßnahmen als Instrument der Förderung der Waldökosystemleistungen. Dazu bedarf es einer Förderung des Mischwaldes und einer Moorschutzstrategie. Diese werden wir unter Einbeziehung aller relevanten Akteure erarbeiten und umsetzen. Als weiterer Schutz von Moorböden wird der Torfabbau auf Dauer reduziert werden müssen, um das Klima zu schützen. Zudem wird auf die weitere Umwandlung von Moorböden, insbesondere den Umbruch von Dauergrünland, verzichtet. Wir setzen uns dafür ein, die Zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung zu stärken. Damit soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Wirtschaftskraft in ländlichen Regionen gefördert und unterstützt werden.

Der Waldklimafonds schafft die Voraussetzungen, unsere Wälder dem Klimawandel anzupassen. Wir begrüßen die Maßnahmen, auch hinsichtlich des Erhalts der biologischen Vielfalt.

Zu Frage 6: Für eine Umstrukturierung der Waldbesitzstrukturen sehen wir die Bundesländer in der Pflicht, ihre vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Wir sind der Ansicht, dass eine Neuaufstellung der Forststruktur durchaus selbstbewusst angegangen werden kann. Einige Bundesländer haben dazu schon gute und faire Regelungen getroffen, die als Vorbild dienen können. Voraussetzung dafür muss die Einhaltung der EU-Gesetze sein.

Wir wollen fairen Wettbewerb von Beginn an. Das bedeutet dreierlei: Keine Verzerrung des Marktes durch staatliche, nicht kostendeckende Angebote, Ermöglichung des Marktzuganges für private Anbieter und eine direkte Förderung durch den Staat.

Position der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Frage 1: Wir sind der Überzeugung, dass ein gesunder naturnaher Wald am besten für die Adaption an den Klimawandel gewappnet ist. Hierfür streben wir eine verbindliche Umsetzung der naturnahen Waldbewirtschaftung in allen Eigentumsarten an. Ziel ist der Umbau der Wälder in naturnahe Wälder mit standortheimischen Baumarten zu fördern und Waldflächen nach dem Prinzip des naturnahen Dauerwaldes zu bewirtschaften. Dies bedeutet eine Anhebung des Holzvorrates, eine Vergrößerung der Totholzvorräte, das Ausbleiben von Kahlschlägen, die Förderung von Mischbeständen und die Schaffung von vielfältigen Strukturen.

Zu Frage 2 und 3: Der Wald kann eine wichtige Rolle im Klimahaushalt spielen und als wichtige Senke fungieren. Dafür sind naturnahe und alte Wälder besonders gut geeignet, da alte Bäume mehr Kohlenstoff im Holz speichern können als junge Wälder.

Gerade aus Gründen der Klimafolgenanpassung sehen wir den Anteil der Nadelholzmonokulturen derzeit als zu hoch an. Viele der großflächig gepflanzten nicht standortheimischen Kiefern- und Fichtenforste halten z. B. Stürmen oft nicht stand und sind kaum fähig, sich an die Klimakrise anzupassen.

Zugleich ist Holz aus ökologisch nachhaltiger Produktion ein wichtiger Rohstoff. Zur Förderung des Bauens mit Holz müssen die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden, etwa durch eine nationale Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild, die Berücksichtigung der



Emissionen durch die Herstellung von Baummaterialien in der Energiesparverordnung sowie bessere Förder- und Marktanzreizprogramme beim Einsatz nachwachsender Rohstoffe im Baubereich. Durch eine bessere Kaskadennutzung können die existierenden Holzvorräte effizienter genutzt und gleichzeitig ihre Klimaschutzwirkung weiter gesteigert werden.

Zu Frage 4: Es ist erklärtes Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, 5 % des Waldes (10 % des Waldes in öffentlicher Hand) dauerhaft seiner natürlichen Entwicklung zu überlassen. Im Privatwald folgt die Umsetzung auf freiwilliger Basis. Durch finanzielle Förderung, ökologisch anspruchsvolle Zertifizierung oder Ausgleichszahlungen bzw. Flächentausch könnten entsprechende Anreize geschaffen werden.

Zu Frage 5: Wir wollen gesellschaftliches Geld für gesellschaftliche Leistung einsetzen. Das betrifft vom Umfang her in erster Linie die EU-Agrargelder. Wir wollen damit eine Landwirtschaft und eine Forstwirtschaft fördern, die Klima und biologische Vielfalt schützt, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und

erhält sowie den Land- und Forstwirten ein auskömmliches Wirtschaften in lebenswerten ländlichen Räumen ermöglicht. Dazu wollen wir auch für den Wald einen Vertragsnaturschutz etablieren, der Privatwaldbesitzer im Bestreben nach einer Ökologisierung der Waldbewirtschaftung unterstützt.

Zu Frage 6: Wir haben uns im Bundestag dafür eingesetzt, dass es entsprechende Anpassungen im Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) gibt, damit eine dauerhafte Fortführung der bewährten Strukturen zur Unterstützung des nichtstaatlichen Waldbesitzes durch die Landesforstverwaltungen im Sinne einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Waldbewirtschaftung in den Bundesländern ermöglicht werden kann. Für uns sind Leistungen, die der Vermarktung des Holzes vorgelagert sind, wie z. B. die Auswahl und Markierung der für den Holzeinschlag vorgesehenen Bäume, als waldbauliche Maßnahmen anzusehen, die der langfristigen ökologischen und ökonomischen Wertsteigerung der Wälder dienen und nicht der Holzvermarktung zugerechnet werden können.

Nach dem Urteil des OLG Düsseldorf im Rechtsstreit zwischen Baden-Württemberg und dem Bundeskartellamt muss zügig eine Lösung für das Bundeswaldgesetz gefunden werden, welche eine Konformität mit Europarecht sicherstellt und gleichzeitig die weitgehende Erhaltung und sinnvolle Weiterentwicklung der bisherigen funktionierenden Strukturen in vielen Bundesländern ermöglicht.

Position der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Zu Frage 1: DIE LINKE setzt sich für ein Klimaschutzgesetz ein, um die Fremdstoffeinträge im Wald durch Industrie und Verkehr zu reduzieren. Zur Anpassung an den Klimawandel wollen wir großflächig gleichaltrige, strukturarme Nadelholzreinbestände in Mischwälder umwandeln. Die Erhöhung der Vielfalt reduziert auch das Risiko großflächiger Waldschäden.



DIE LINKE hat im Deutschen Bundestag Fördermittel für den Waldumbau in Höhe von 30 Mio. € jährlich gefordert, um jährlich 0,1 % der Waldfläche zusätzlich umzubauen und dies mit einer Prämie

von bis zu 3.000 €/ha zu fördern, die nach zehn Jahren erfolgreichen Umbaus ausbezahlt werden.

Das soll durch eine Förderung der natürlichen Waldentwicklung begleitet werden: Neben einer naturnahen Waldbewirtschaftung will DIE LINKE einen Anteil der Urwälder als Refugien von 5 % der Gesamtfläche, die als Referenzwälder

der genetischen Vielfalt, der Anpassung an den Klimawandel und Kalamitätsrisiken dienen. Das gilt für alle Waldeigentumsarten. Einen partiellen finanziellen Ausgleich halten wir für berechtigt.

Zu Frage 2: Naturnahe Mischwälder sind struktur- und dadurch auch artenreicher als Monokulturen. Da sie gegenüber Extremwetterereignissen wie Dürreperioden, Stürmen und Starkregen insgesamt widerstandsfähiger sind, steigt ihre Bedeutung und Leistung mit fortschreitendem Klimawandel. Als CO₂-Senke trägt der Wald darüber hinaus eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz. DIE LINKE schätzt das Engagement der Forstwirtschaft und möchte zukünftig das klimapolitische Potenzial der Wälder noch stärker ausschöpfen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass erhöhte Mindestanforderungen der Bewirtschaftung im Bundeswaldgesetz festgeschrieben werden. Darüber hinaus könnte auch ein Vertragsnaturschutz für Forstbetriebe angeboten werden.

Zu Frage 3: DIE LINKE will Mischwälder gewährleisten, in denen endemische wie nicht endemische Gehölze, dort wo sie an den Standort angepasst sind, ihren Platz haben. Nicht-invasive, nicht einheimische Baumarten sind für DIE LINKE kein Tabu, wenn sie zur Sicherung der nachhaltigen Nutzung der Wälder in der Zukunft notwendig sind. Die Zusammensetzung der Waldgemeinschaft sollte

sich an ökologisch sinnvollen Konzepten orientieren; Nutzungskonzepte für das Holz sind entsprechend nachrangig zu entwickeln.

Zu Frage 4: DIE LINKE spricht sich für den Schutz der weltweit noch bestehenden Urwälder aus und unterstützt ihren Erhalt auf der Basis von partizipativen, demokratischen Entscheidungsprozessen in anderen souveränen Staaten. In Deutschland bietet die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, auf 5 % der gesamten Waldfläche Deutschlands die Bewirtschaftung einzustellen, die Chance, einen kleinen Teil der jahrhundertalten Kulturlandschaft wieder in heimischen Urwald zu verwandeln. Neben der wissenschaftlichen Analyse zur besseren Anpassung an den Klimawandel entspricht dies auch den gesellschaftlichen Ansprüchen an ursprüngliche Landschaften und nicht bewirtschaftete Erholungsräume.

Vor dem Hintergrund des steigenden Rohstoffbedarfs will DIE LINKE der stofflichen Nutzung von Holz vor der energetischen Verwertung des Rohstoffes (als Brennstoff) Priorität einräumen und die Rohstoffverwertung verstärkt auf Kaskadennutzung ausrichten. Darüber hinaus wollen wir die Holzmobilisierung in bisher ungenutzten Klein- und Kleinstprivatwäldern unterstützen, soweit dies nach Kriterien der Nachhaltigkeit erfolgt.

Zu Frage 5: In vielen ländlichen Regionen sichert die Forstwirtschaft in Zusammen-

hang mit der nachgelagerten Holzwirtschaft viele Arbeitsplätze. DIE LINKE erkennt an, dass eine naturnahe Waldbewirtschaftung erhöhte Anforderungen an Forstbetriebe stellt. Der Umbau der Wälder hin zu klimaplastischen Mischwäldern mit angepassten und zugleich produktiven Baumarten, der Schutz von Waldböden und die Ausweisung von Flächen für die natürliche Waldentwicklung sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Die Risiken, z. B. durch einen hohen Totholzanteil, und die naturschutzfachlichen Anforderungen sollen keine Mehrbelastung darstellen.

DIE LINKE unterstreicht die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums, die in Artikel 14 des Grundgesetzes verbrieft ist. Wenn die Mindestanforderungen für integrative Naturschutzmaßnahmen zunehmen, muss aus unserer Sicht geprüft werden, inwieweit gesetzliche Auflagen ohne einen entsprechenden Ausgleich für die Waldbesitzerinnen und -besitzer zumutbar sind oder ausgeglichen werden sollten.

Zu Frage 6: DIE LINKE fordert eine öffentlich finanzierte Beratung und Betreuung für Forstwirtschaftsbetriebe, insbesondere für den Klein- und Kleinstprivatwald. Die forstbetrieblichen Zusammenschlüsse müssen gefördert, die Kleinstwaldbesitzerinnen und -besitzer von der Beitragspflicht zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung entlastet werden.

Position der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Zu Frage 1: Für die Anpassung der heimischen Wälder an den ökologischen Wandel sind in erster Linie die Waldeigentümer selbst verantwortlich. Wir Freie Demokraten setzen uns jedoch dafür ein, dass ihnen Bund und Länder dabei mit der Förderung waldbaulicher Forschungsprojekte, öffentlichen Beratungsstrukturen und Rahmenbedingungen für eine möglichst große waldbauliche Selbstbestimmung zur Seite stehen. So müssen bei der forstlichen Förderpolitik Hürden für die Etablierung sogenannter nicht-heimischer Baumarten beseitigt werden. Denn an Standorten etwa, an denen die trocken-



heits- und temperaturempfindliche Fichte auf dem Rückzug ist, kann ein substanzieller Anteil der Douglasie sowohl zur Entwicklung klimastabiler Mischwälder als auch zur künftigen Nadelholzversorgung beitragen. Dies darf nicht durch kurzfristige Ideologie behindert werden.

Zu Frage 2: Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald, gerade auch mit nachfragegerechtem Nadelholzanteil, ist sowohl eine aktive Treibhausgassenke als auch Rohstoffbasis für die künftig verstärkt zu entwickelnde Bioökonomie, die klimaschädliche Produktionsweisen ersetzen und durch Holzzeugnisse langfristig Kohlendioxid binden kann (Produktspeicher). Insofern wollen wir Freie Demokraten günstige Rahmenbedingungen für eine aktive und flächendeckende Bewirtschaftung der heimischen Wälder erhalten und zugleich die Forschung und Entwicklung der Bioökonomie sowie des Clusters Forst und Holz fördern.

Zu Frage 3: Die Sicherung einer angemessenen Nadelholzversorgung für die Zukunft, auch unter Einbindung nicht-heimischer Baumarten wie der Douglasie, ist in diesem Zusammenhang unerlässlich. Auch wenn durch Innovationen neue Verwendungsmöglichkeiten für Laubholz gefunden werden, ist aus holztechnologischen Gründen davon auszugehen, dass es Nadelholz am Markt nicht ersetzen kann. Es kann im Sinne des globalen Klimaschutzes kaum sinnvoll sein, wenn künftige Generationen ihre Nachfrage nach Nadelholz vorwiegend mit Holzmassen aus Übersee decken müssen. Die vielerorts dominanten Laubholzanteile bei der Jungbestockung in heimischen Staats- und Kommunalwäldern sind aus unserer Sicht vor diesem Hintergrund zu überprüfen.

Zu Frage 4: Wir Freie Demokraten lehnen den Aufbau immer weiterer Nutzungsbeschränkungen und die damit einhergehende Aushöhlung des Rechts am Eigentum ebenso ab wie eine weitere Extensivierung der Forstwirtschaft. Ein wirksamer Natur- und Artenschutz kann auch produktionsintegriert im Wege eines eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutzes praktiziert werden, z. B. durch Umsetzung von Alt- und Totholzkonzepten. Ideologische Flächenstilllegungen im

Staats- und Kommunalwald haben nicht nur Folgen für die Ressourcenverfügbarkeit und für die Arbeitsplätze der Forst- und Holzwirtschaft, sondern auch für benachbarte Grundeigentümer und Landnutzer. Die oft zitierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums gilt unserer Auffassung nach gerade auch für Kommunal- und Staatswaldbetriebe. Das von der Bundesregierung in der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ verankerte Ziel, bis 2020 fünf Prozent der deutschen Waldfläche gänzlich aus der Nutzung zu nehmen und unter Prozessschutz zu stellen, gehört daher auf den Prüfstand!

Zu Frage 5: Wir Freie Demokraten sprechen uns für einen abermaligen Anlauf zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Kompensationsverordnung aus, die in Form von Ökopunkten auch für private Grund- und Waldeigentümer einen flächendeckenden Anreiz zu freiwilligen Naturschutzmaßnahmen setzen könnte.

Zudem wollen wir im Sinne eines Gemeinwohlausgleichs die forstwirtschaftliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ fortführen. In den Ländern, insbesondere in denjenigen mit kartellrechtlich umstrittener Forststruktur, setzen wir uns für eine

direkte Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen ein, um den Eigentümern einen Ausgleich und Anreiz für eine naturnahe Waldbewirtschaftung zu bieten.

Zu Frage 6: Diese Entscheidung fällt in die Hoheit der Länder. Wir Freie Demokraten wollen hier gerade den Privatwaldbesitzern Chancen auf mehr unternehmerische und waldbauliche Selbstbestimmung ermöglichen. Mit Blick auf kleinteilige Privat- und Körperschaftswaldstrukturen muss die Unterstützung und flächendeckende Entwicklung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen im Zentrum stehen, um dauerhaft marktfähige Strukturen zu erlangen.

Die bisherige, institutionelle Förderung durch einheitliche Betreuungsstrukturen für Staats-, Körperschafts- und Privatwald wollen wir in den betreffenden Ländern im Sinne eines angemessenen Gemeinwohlausgleichs künftig auf ein System der direkten finanziellen Förderung waldbaulicher Maßnahmen umstellen, das mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar ist.

Als gemeinwohlorientierte Ansprechpartner für den Privat- und Körperschaftswald sollten die Forstverwaltungen der Länder auch künftig flächendeckend Beratungsförster vorhalten.



forstpraxis.de dlv

Das Portal für die Forstbranche.
News, Holzmarkt, Termine, Kontakte, Wetter.
 Hier finden Sie alles, was Sie für Ihr tägliches Geschäft wissen müssen.
Auf einen Klick.